

Katholizismus und Sozialismus¹

GUSTAV GUNDLACH SJ

Gestatten Sie mir zum Anfang eine Bemerkung, die erfahrungsgemäß nötig ist, in unserem Fall sogar unumgänglich. Ich komme zwar aus Rom, aber ich habe weder Amt noch Auftrag, das Thema in römischer Sicht, das heißt, wie man sagt, in vatikanischer Sicht zu behandeln. Also, ich rede allgemein in katholischer Sicht und vertrete meine persönliche Auffassung.

Mein Thema ist: Katholizismus und Sozialismus, näherhin: Katholizismus und Demokratischer Sozialismus. Dies ist als Vergleich beider Gegebenheiten und zugleich als Beurteilung ihres Verhältnisses zueinander gemeint.

Nun bin ich bei dem, was man heute in Deutschland Demokratischen Sozialismus, manchmal auch freiheitlichen Sozialismus nennt, etwas in Verlegenheit. Noch wissen wir von ihm zu wenig, zu wenig im Abstrakten, zu wenig noch mehr im Konkreten. Daß er ein vom Marxismus gelöster Sozialismus ist, scheint die Hauptsache zu sein, und ist wohl auch das, worauf man in katholischen Kreisen am meisten und vielfach auch am hoffnungsvollsten achten zu müssen meint.

In der Tat ist es etwas Bemerkenswertes, daß zu einer Zeit, wo der Marxismus östlich von uns eine Hochkonjunktur hat, dieser neue Sozialismus hier im westlichen Bereich hervortritt. Darin liegt für nicht wenige Beobachter ein geistiges Plus, eine Verstärkung der geistigen Front des Westens; sie sprechen erwartungsvoll: was wird aus diesem Kinde werden? Sie sind geneigt, alles Gute von ihm auszusagen, alles weniger Gute auszuschließen. Wer vorsichtig ist, wird des neuen Kindes Geburtsschein und Sippenzeugnis einsehen, sein geistiges Lebensklima erspüren, die ersten programmatischen Äußerungen prüfen und auch die Stärke der Reibungen abschätzen, die der schwierige Übergang der Klassenpartei zur Volkspartei im Lager des Sozialismus auslöst. Man wird keinen Blankoscheck des Vertrauens und der Zustimmung ausstellen, aber man wird dem Ernst der beteiligten Menschen des Sozialismus mit Ernst begegnen müssen, schon aus Verantwortung für alles, was unser Volk in seiner wahrhaft immer noch gefährdeten Lage innerlich konsolidieren könnte.

Dem also in etwa noch sehr unbekannten einen Glied der Vergleichsbeziehung, nämlich dem Demokratischen Sozialismus, entspricht das um so bekanntere andere Glied: der Katholizismus. Ja, wir müssen dieses Glied noch

¹ Dieser Beitrag von P. Gundlach SJ wurde, wie der folgende von P. von Nell-Breuning SJ über „Die politische Verwirklichung der christlichen Soziallehre“, auf der Tagung der Katholischen Akademie in Bayern „Christentum und demokratischer Sozialismus“ vom 11.—12. Januar dieses Jahres in München als Referat gehalten. Beide werden hier mit gültiger Erlaubnis des Direktors der Akademie, Herrn Dr. Karl Forster, veröffentlicht. Sämtliche auf der Münchner Tagung gehaltenen Referate werden in der Schriftenreihe der Katholischen Akademie in Bayern im Karl Zink-Verlag, München erscheinen.

bekannter machen und statt Katholizismus besser „Kirche“ sagen, mithin Kirche und Demokratischen Sozialismus vergleichen. Warum? Weil Demokratischer Sozialismus jedenfalls ein in der Gesellschaft und in der Geschichte wirkendes Gebilde, konkret gesehen, eine politische Partei sein will. Was diesem Gebilde in Gesellschaft und Geschichte begegnend entspricht, ist nun ebenfalls nicht ein Abstraktum von Ideen und Werten, das wir Katholizismus nennen, sondern ist die Kirche, das religiöse Gemeinschaftsgefüge von höchster Konkretheit, von universaler Gesellschaftlichkeit, von geladener Geschichtlichkeit, ausgeprägt in Seele und Leib, inneres Leben und Institution zugleich.

Aber indem wir die Kirche in die Vergleichsbeziehung zum neuen Demokratischen Sozialismus einsetzen, scheinen wir diesem als dem noch sehr Unbekannten die größere Chance wenigstens in der Gestaltung der irdischen Bereiche der heutigen Menschheit zu geben. Denn, wie gesagt, gerade, weil er unbekannt ist, glauben manche, alles Gute von ihm erwarten, alles weniger Gute von ihm ausschließen zu können. Die Kirche aber ist zu bekannt, mit Staub und gar Schmutz bedeckt, durch eine lange Pilgerfahrt in dieser Welt. Wir hören sie alle, die kritischen Rufe: Machtmißbrauch oder Klerikalismus, Versagen in der Gestaltung dieser Welt auf allen Gebieten der Kultur, besonders im Sozialen und Wirtschaftlichen gesellschaftlichen Lebens. Und heute erscheint die Kirche den Kritikern als eine müde gewordene; sie hat, wie man sagt, selbst die religiöse Substanz ihrer Menschen nicht wahren können; sie sucht Schutz bei einer politisch gewordenen Christlichkeit, die doch nichts anderes ist als blaß und bleich gewordener bürgerlicher Humanismus liberaler Observanz. Kann sie, die Kirche, die in der Gestaltung der Welt blutarm gewordene, nicht Blutzufuhr erwarten vom jugendlichen Demokratischen Sozialismus, der für ihr Versagen in dieser Welt eintritt und ihr die Bemühung um die andere, jenseitige Welt überläßt?

Indes wird die Kirche antworten können, daß sie im steten Kontakt mit den Menschen und Dingen dieser Welt dauernd Blutzufuhr erhält, daß sie aber dabei niemandes Vermittlung braucht, schon gar nicht die irgendeines politischen Systems, sei es ihr auch noch so günstig. Die Geschichte belegt hinlänglich die Gefahr solcher Vermittlung. Schon die Blutzufuhr im *unmittelbaren* Kontakt mit den Dingen der Welt hat ihre Gefahren, denn sie läuft über die Leidenschaftlichkeit, die Unwissenheit und vor allem die moralische Schwäche so mancher Menschen der Kirche. Woher sollte denn das eben angedeutete Sündenregister der Kirche kommen, das man übertrieben nennen, aber doch nicht einfach ableugnen kann? Dies war so von Anfang an in der Kirche. Die Erfahrungen von 1933 nach dem Regierungswechsel machen da keine Ausnahme. Nur fehlt uns hier noch eine gründliche soziologische Untersuchung, um die Ungerechtigkeit von Pauschalurteilen zu vermeiden, die bis in die neueste Zeit gefällt werden.

Wenn wir aber in die Tiefe der Anliegen der menschlichen Gesellschaft sehen, dann war und ist Dasein und Wirken der Kirche zugunsten dieser ir-

dischen Welt hervorragend und sogar entscheidend. Sie war es, die dem wahren Sinn des Sozialen, der Gesellschaftlichkeit, ihren Schutz lieh, indem sie die Gottebenbildlichkeit der menschlichen Person verkündete. Dadurch allein kommt der gesellschaftlichen Bezogenheit und Gegenseitigkeit der Menschen auf die objektive Wertfülle des Menschthums hin, also dem Sozialen als Solidarität, die innere unzerreißbare Begründung zu. Indem dann der neuzeitliche Liberalismus laizistisch und säkularisierend die Gesellschaft als solche gegen alle Wahrheit von Gott löste, vollführte er die verhängnisvollste Kernspaltung, deren Kettenreaktion durch alle konkreten Bezüge des Gesellschaftslebens hindurch bis heute andauern: er löste das Soziale individualistisch, subjektivistisch auf in reinen Nominalismus oder Funktionalismus letztlich quantitativ bestimmbarer Kräfte. Letztes Ergebnis ist, daß man heute der Soziometrie und Okonometrie eine so überragende, schier ausfüllende Rolle in den Sozialwissenschaften gibt. Die Frage ist: wird sich der Demokratische Sozialismus so vom Marxismus lösen, daß er auch seine unbestreitbar liberalrationalistische Komponente und nicht nur die materialistische aufgibt? Wird er jene verhängnisvolle Kernspaltung am Sozialen drangeben und in ihm nicht mehr lediglich die denkbar vernünftigste, das ist produktivste Organisation von Individuen sehen?

Die Kirche war es, die dem Recht der Person ihren Schutz lieh, indem sie wiederum in der Gottebenbildlichkeit der Menschen die Wurzel des Rechts betonte und die soziale, solidarische Verbundenheit auch als *Rechtsbeziehung* hervorhob. Folglich war es die Kirche auch, die im Organisieren menschlichen Zusammenlebens die stete Suche nach der Ausgewogenheit von Autorität und Freiheit sah. Sie trat dafür ein, schon durch ihre Existenz, in schweren Kämpfen gegen die Staatsomnipotenz zu Zeiten mittelalterlichen Kaiserthums, gegen die Staatsomnipotenz des fürstlichen Absolutismus, des Führer-Cäsarismus und schließlich auch ebenfalls in neueren Zeiten gegen die totalitaristische Gesetzgebungsmaschine jakobinischer und plebisizitärer Demokratie.

Es ist also auch die Kirche, der wir die Verteidigung des Prinzips der Rechtssicherheit verdanken. Der Liberalismus hat es als Palladium gegen die Willkür jeglicher Autorität verstanden. Aber, indem er rationalistisch und gegen alle Wahrheit die gesellschaftliche Verbundenheit und Autorität vom göttlichen Wurzelgrund löste, hat er dem Prinzip der Rechtssicherheit nicht nur die feste Verankerung genommen, sondern den Schutz durch dieses Prinzip jedem *absolut* fundierten Recht entzogen. Die falsche Majestät des positiven menschlichen Gesetzes, des logisch kohärenten Systems von Rechten als Verkehrsregeln unter Menschen, tritt gegen das Naturrecht und gegen das positive göttliche Gesetz auf, um die formale Freiheit der Individuen zu sichern gegen das „Rauschgift“ absoluter Werte, die sich als Naturrecht des Menschen oder gesellschaftlicher Ganzheiten niederschlagen, sich zur Norm des positiven, menschlichen Gesetzes aufwerfen und so die liberal verstandene Rechtssicherheit gefährden. Daß die Freiheit, ja, die Gewissensfreiheit

derer, die sich auf ihr in absoluten Werten fundiertes Recht berufen, von der falschen Majestät der liberalen Gesetzgebungsmaschine brutal überrollt werden kann und auch wurde, beweist einmal wieder, daß der Liberalismus kein Schutz gegen Totalitarismus ist. Wir werden also auch hier zusehen müssen, ob der heutige Demokratische Sozialismus sich theoretisch und praktisch von der liberalen, also nicht nur von der materialistischen Komponente des Marxismus löst oder nicht.

Die Kirche war es auch, die durch ihr in der Erlösungsordnung begründetes innerliches *Mitsein* in Gesellschaft und Geschichte, durch ihr Festhalten an der wahren Natur des Sozialen, an seiner Verankerung im Menschen als Person, als geistiger Substanz, schließlich auch die Auffassung vom Staat vor jener „Entwesung“ schützte, von der man heute bedauernd spricht.

In der Tat ist „Staat“ nicht formalistische Integration von Individuen oder Gruppen-Individuen her, die in der Haltung zweck-rationalen Strebens auf die Gesellschaft hin „politisch handeln“, das ist Macht über Menschen erstreben und ausüben. Ganz zweifellos sieht sich beispielsweise die Formaldemokratie so. „Staat“ ist vielmehr die notwendige Projektion jenes ontologischen Seins- und Wertbestandes des „Sozialen“ ins Organisierende und Organisierte, notwendig um der Rechtsordnung willen, die Gebrauch und Bestand der in und mit dem Sozialen gegebenen Personrechte verlangt. „Staat“ ist also selbst ein Gebilde objektiven Zwecks und ihm kommt insofern Wesenhaftigkeit und Werthaftigkeit zu. Man nennt seinen Zweck das „Gemeinwohl“ und meint damit jene spezifische organisierende Funktion am Sozialen als solchen, von der eben gesprochen wurde.

Wer dies durchdenkt, erkennt, daß „Staat“ nicht möglich ist, wo nicht ein Minimum an Gemeinsamkeit von Grundwerten, von inhaltlich bestimmten Personrechten ist, die unantastbar sind, auch gegenüber der Abstimmungssouveränität des Volkes im demokratischen Staat.

Insofern sind aber dann auch alle politischen Parteien im demokratischen Staat notwendig das, was man Weltanschauungsparteien nennt, das heißt sie folgen einer bestimmten Auffassung vom Sinn des Menschen und der Gesellschaft. Wo sie in dieser Auffassung pluralistisch auseinanderfallen, ist dennoch ein Ausgleich über unantastbare, der Abstimmung entzogene Grundwerte und Grundrechte, ein Ausgleich der Toleranz in dem, was für alle gelten soll, möglich und nötig, wenn überhaupt Staat, demokratischer Staat sein soll. Sonst nämlich würde in der Demokratie die Mehrheit, wenn sie ihren Willen durchsetzt, die Minderheit immer formell vergewaltigen.

Wenn man daher in neueren Verlautbarungen des Demokratischen Sozialismus liest, man sei keine „Weltanschauungspartei“, weil man das Prinzip der Toleranz habe, so stellt man die Dinge geradezu auf den Kopf und man stellt auch den Anspruch, „politische“ Partei zu sein, in Frage; denn indem die echte politische Partei als solche notwendig auf den Staat, also auf ein Wert- und Zweckgeladenes bezogen ist, kommt sie aus dem sogenannten Weltanschaulichen gar nicht heraus.

Dies alles gilt natürlich auch für den Fall des Zwei-Parteiensystems. Es ist auch hier nicht so, daß man die Situation erleichtern könne, wenn man sogenannte „weltanschauungsfreie“ Parteien fordert. Es sei denn, man konstituiere das Wesen einer politischen Partei überhaupt nicht unter *Voraussetzung* des Staates als objektiven Zweckgebildes des „Gemeinwohls“, wie wir es soeben verstanden, sondern man leite umgekehrt den Staat aus dem „politischen Handeln“ der Individuen ab, aus ihrem Streben nach der Macht in der Gesellschaft unter mannigfachen Titeln: „Soziale Gerechtigkeit“ als „Einkommensverteilung“, „Lebensstandarderhöhung“ oder sonstwie. Aber schon die Erfahrung zeigt, daß auf diesem Wege immer ein Punkt kommt, wo „der“ Staat als ein Eigenständiges sich dem Bewußtsein der Menschen aufdrängt; sie finden, daß die Interessen etwas überhören ließen, was dasein muß und soll, nämlich das „Gemeinwohl“, das ist der Staat, der mehr ist als das Produkt formaler Integration von den bei Wahlen „politisch gewordenen“, und dies heißt hier zahlenmäßig integrierten Individuen her. Die von Vertretern des „demokratischen Sozialismus“ nicht selten betonte „Weltanschauungsfreiheit“ im Politischen enthält also erhebliche Schwierigkeiten und zum mindesten Dunkelheiten hinsichtlich der wahren Natur des Staates, die doch auch in der Demokratie nicht geopfert werden darf.

Es könnte einer sagen, daß alle bisherigen Überlegungen Gedanken über geschichtliche Tatbestände waren, daß sie aber nicht beweisen, wie der katholische, politisch handelnde Mensch in seiner Sicht von der Kirche umfaßt ist und so auch den Demokratischen Sozialismus beurteilt. Dennoch ist gerade dies der Fall und zwar grundsätzlich. Um alle Mißverständnisse eines hier etwa gemeinten katholischen Integralismus oder Totalitarismus oder gar des vielberufenen Klerikalismus zu vermeiden, um klarzustellen, daß hier keine der vom Schöpfergott gesetzten Eigengesetzlichkeiten der einzelnen Lebensbezirke der Menschheit aufgehoben oder auch nur verletzt werden, müssen wir diesen Punkt näher erläutern. Der politische Mensch ist als Katholik von der Kirche umfaßt und zwar wesentlich, weil die Kirche in einem von Gott gewollten Sinne das Lebensprinzip der menschlichen Gesellschaft ist. Dies ist gemeint im Sinne einer vom Erlösergott gesetzten Koexistenz, eines inneren Mitseins der Kirche in der menschlichen Gesellschaft und Geschichte, wobei, wie schon gesagt, die in der Gesellschaft und allen ihren Bezirken gegebenen, vom Schöpfergott stammenden Eigengesetzlichkeiten oder objektiven Sinnzusammenhänge nicht aufgehoben, sondern im und durch das Mitsein der Kirche geschützt und gefördert werden.

Also, um es nochmals zu betonen: keine Theokratie, kein religiös begründeter Integralismus und Totalitarismus, auch kein Klerikalismus! Denn in diesem so verstandenen Mitsein der Kirche in der menschlichen Gesellschaft ist auch enthalten, daß dieses schützende und fördernde Mitsein der Kirche in der Gesellschaft und in allen ihren Bezirken vor allem von den Laiengliedern der Kirche wahrzunehmen ist, weil gerade sie in den einzelnen Bezirken stehen und subsidiär unterstützt von der Hierarchie, indem sie ihr Lehr-, Prie-

ster-, Hirtenamt auf den fruchtbaren Vollzug jenes Mitseins ausrichtet. Hier ist ein eindrucksvolles Beispiel der lebensvollen Beziehung von Hierarchie und Laien in der Kirche grundgelegt. Für beide aber ist maßgebend die aus dem Mitsein der Kirche in Gesellschaft und Geschichte erfließende Verantwortung für die ewigen Ordnungen in der von Gott geschaffenen und zur Erlösung bestimmten Welt.

Wer diese von Gott gesetzte Weltordnung anerkennt, kann als politischer Mensch nur Kirche *mit* Staat sehen, nie aber Staat ohne Kirche oder gar gegen die Kirche. Wir reden nicht, wohlbemerkt, von den rechtlichen Formen, die jenes Mit haben kann. Der politisch handelnde Katholik wird also auch von jeder Partei erfragen müssen, ob sie diese Sicht hat. Nicht, daß wir von den andern erwarten, daß sie die katholische Sicht von der Kirche hätten, aber in dem Sinne, daß sie die von der Kirche in ihrem Mitsein mit der menschlichen Gesellschaft vertretenen Prinzipien der natürlichen Vernunft über Gesellschaftlichkeit, Rechtsordnung, Freiheit und Autorität und den Sinn des Staates anerkennen. Das gilt also auch gegenüber dem demokratischen Sozialismus. Der Katholik muß auch ihm gegenüber fragen, nicht zunächst: was vertritt er sozialpolitisch, kulturpolitisch oder staatspolitisch, sondern: wie steht er zum Mitsein der Kirche gerade im Hinblick auf die von der Kirche geschützten Grundprinzipien auf allen diesen Gebieten.

Es mag diesem oder jenem überraschend erscheinen, daß wir gerade die Kirche so sehr in den Mittelpunkt dieser grundsätzlich politischen Betrachtung stellen. Aber vielleicht ist dies durch die besondere Lagerung unserer Gegenwart in eigenartiger Weise gerechtfertigt. Nach einer hinter uns liegenden Zeit des Individualismus auch auf religiösem Gebiete tritt das Bewußtsein der Kirche und der kirchlichen Verbundenheit wiederum mehr hervor. Das gilt vielleicht noch mehr als im katholischen Bereich im Bereich der nichtkatholischen Christenheit. Und zwar ist dieses Bewußtsein von der Kirche gesteigert auch auf ihre Institutionalität, auf ihre in Gesellschaft und in der Geschichte wirkende Konkretheit bezogen und läßt immer mehr die einstige Gefahr reiner Innerlichkeit hinter sich. Wir sind weit entfernt, auch auf diesem Gebiete, von den Auswirkungen liberaler religiöser Soziologie, die schließlich mit Ernst Troeltsch das höchste religiöse Gebilde als „Parallatismus religiöser Spontaneitäten“ definierte.

Dieses erwachte Bewußtsein von der Kirche als dem Lebensprinzip der menschlichen Gesellschaft — immer wieder sei die Notwendigkeit richtigen Verständnisses dieses Begriffs und dieser Realität betont — steht unseres Erachtens auch auf dem Hintergrund der politischen Form, die neuerdings die Christlichkeit bei uns in Deutschland gefunden hat. So paradox es klingen mag und so paradox es angesichts der zweifellos vorhandenen Gegensätze der religiösen Gemeinschaften im christlichen Raum zu sein scheinen mag, es ist doch so, daß das erwachte Bewußtsein von der irdischen Bedeutung der Kirche jene politische Neugestaltung trägt. Deshalb wird sie auch dort immer am meisten gefährdet bleiben, wo man das Gewissen des poli-

tisch handelnden Christen auf die reine Situationsbezogenheit, auf den reinen historischen Augenblick des unmittelbar vor Gott stehenden Einzelchristen bezieht. Wo man aber, ob im katholischen Sinn oder in irgendeinem anderen Sinn, das Gewissen mit Nachdruck auf die vor Gott zu vertretenden grundsätzlichen Ordnungen des Weltbildes bezieht, wird keine Schwierigkeit sein, den politisch handelnden Christen als von der Kirche umfaßt in dem geschilderten Sinne sich zu denken.

Auch dem demokratischen Sozialismus wird der politisch handelnde Christ nicht die Frage ersparen können: was hältst du von der Kirche? Diese Frage und ihre Beantwortung wird sogar, wie schon ausgeführt, entscheidend sein. Nicht nur weil die Kirche die ältere ist, wird sie an den demokratischen Sozialismus diese Frage richten dürfen und müssen, sondern auch weil sie in der Ordnung Gottes in der Welt diese fundierende Rolle des Mitseins schützend und helfend vollzieht. Es genügt also nicht, eine saubere Trennung von Weltlichem und Sakralem zu fordern oder zuzugestehen. Im Gegenteil, gerade dies würde das verkennen, was die Kirche in der Weltordnung Gottes im gesellschaftlichen Raum und also auch im staatlichen und politischen grundlegend bedeutet.

Aus allen diesen Ausführungen geht hervor, daß wir in der Loslösung des demokratischen Sozialismus vom Marxismus nicht in erster Linie theoretisch und praktisch das Problem der Lösung vom Materialismus sehen, sondern in der Lösung von der liberalen Ahnenreihe und dem liberalen Blute. Wer aufmerksam in der Enzyklika Quadragesimo anno jene Teile liest, wo Pius XI. sich mit dem veränderten Sozialismus seiner Tage befaßt, wird finden, daß dort dieselbe Auffassung vorliegt. Wenn also der Papst zum Schlußurteil kommt, daß jeglicher Sozialismus mit der Lehre der Kirche unvereinbar ist, so liegt dies zum tiefsten an der Auffassung des Sozialismus als einer laizistischen, säkularisierend auftretenden Form proletarischen Liberalismus. Solange der demokratische Sozialismus theoretisch und praktisch diese Sachlage nicht klärt, wird man das Urteil des Papstes auch auf ihn anwenden müssen. Pius XI. liegt übrigens mit seiner Auffassung vom Sozialismus vollständig auf der Linie der frühesten Tradition vom Verhältnis des Katholizismus zum Sozialismus. Der Sozialismus erscheint in den frühesten Beurteilungen durchaus als eine eigene Form von Liberalismus.

Daran ändert sich auch nichts, wenn man katholischerseits eine Wandlung des Sozialismus nach Art der englischen Labour Party erwartet. Denn es besteht kein päpstliches Dokument, das gerade den Sozialismus der englischen Labour Party anerkennt. Erst recht nicht existiert ein päpstliches Dokument, das den Sozialismus der englischen Labour Party von jenem Urteil Pius XI. ausnimmt. Es ist ferner bei der englischen Labour Party kein einheitliches Bild des Menschen und der Gesellschaft vorhanden. Der englische Katholik kann also bei der verschwindenden Minderheit, die er außerdem in seinem Land darstellt, sich vorstellen, daß er gewissermaßen missionarisch dort wirken kann. Diese Situation ist aber nicht dort gegeben, wo die Katholiken

zahlenmäßig in der Lage sind, dem grundsätzlichen gegebenen Mitsein der Kirche mit dem Staat politischen Ausdruck zu geben, erst recht, wenn andere weite Kreise nicht-katholischer Christen nach derselben Richtung drängen. Das Missionarische im Hinblick auf politisch dissidente Gruppen wird dann in erster Linie darin liegen, daß man den eigenen Standpunkt konsolidiert, äußerlich und vor allen Dingen innerlich kräftigt und so durch das Beispiel etwaige Mauserungsprozesse in anderen Lagern unterstützt.

Gewiß existiert der Kommentar des Bischofs von Innsbruck zum Hirtenbrief sozialen Charakters des österreichischen Episkopats vom vorigen Jahr, wo auch große Hoffnung der Kirche auf die Entwicklung des festländischen Sozialismus zu einer Art Labour Party ausgedrückt wird. Der Sozialismus wird geradezu beschworen, daß er doch endlich das sein möge, was er sein soll, nämlich so etwas wie die Labour Party. Offenbar ist gemeint, dann sei alles gut. Aber wir haben gezeigt, daß das Verständnis des politisch handelnden Katholiken gerade vom Standpunkt der Kirche aus und, weil er von der Kirche umfaßt ist, doch weit tiefer gehende Betrachtungen erfordert. Zudem darf man auch daran erinnern, daß im „Progressismus“ katholischen Gepräges Bücher und Artikel erscheinen, in denen der Kommunismus beschworen wird, doch endlich das zu sein, was er eigentlich ist, nämlich Humanismus. Offenbar mit dem Grundgedanken: dann sei alles zwischen Katholizismus und Kommunismus gut. Wir sehen, wie bald man mit so leicht gerüsteter Argumentation auf die schiefe Ebene gerät.

Eine Schlußbemerkung, die das Verhältnis zum Demokratischen Sozialismus noch beleuchten kann, bezieht sich auf die Eigenart staatlicher, besonders gesetzgeberischer Tätigkeit. Daß wir hier in unserer Vortragsreihe Grundsätzliches, Staatspolitisches, Kulturpolitisches und Sozialpolitisches trennten und daß diese Gebiete, wenigstens die drei letzten, auch in der Praxis getrennt sind, hat einen pragmatischen, organisatorischen Grund. In Wirklichkeit ist der Mensch in der Gesellschaft immer nur als Ganzes Gegenstand staatlicher, gesetzgeberischer Maßnahmen, wenigstens, wenn wir den Sachverhalt im Lichte des von uns in den Mittelpunkt gestellten grundsätzlichen Mitseins von Kirche und Staat sehen. Dann kann auch dem Staat letzten Endes der Mensch nur als Ganzes begegnen, er zerfällt nicht mechanistisch in verschiedene Sphären der Anliegen.

Das mechanistische Denken, das u. E. auch durch bestimmte Methoden in den heutigen Sozialwissenschaften genährt wird, steht dem allerdings entgegen. Das Modelldenken, das sich beispielsweise als nützliches Instrumentarium dem Wirtschafts- und Sozialpolitiker anbietet, und die Fortschritte, die man methodisch in der Erstellung einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung macht, sind dafür bezeichnende Beispiele. Das Modelldenken läßt leicht vergessen, daß der wirtschaftliche und soziale Ablauf des Geschehens nicht wie ein *perpetuum mobile* nach den Regeln im Modellzusammenhang verläuft und der Mensch nur anhängt, sondern der Mensch ist, wie Schumpeter sagte, wirklich Impuls, eigentliche, unübersehbare *causa efficiens*. Zu

ähnlichen Verkehrungen des Sachverhalts kann auch vorstellungsmäßig die Praxis mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führen. Denn dort erscheint vom Menschen im Ablauf des Geschehens nur das, was preismäßig im Markt oder sonstwie im Verkehr relevant wird. Aber der Mensch ist und bleibt wahre *causa principalis* und *efficiens*, wahrer Impuls des gesellschaftlichen Geschehens, des wirtschaftlichen und sozialen Ablaufs. Und so treten alle jene Elemente in den Ablauf wirtschaftlichen und sozialen Geschehens entscheidend ein, die mit der menschlichen Sozialität als solcher und mit allen ihren konkreten, naturhaften und frei gewählten Ausformungen zusammenhängen, mehr entscheidend jedenfalls als jene meßbaren Größen, die man bei den genannten rechenhaften Veranstaltungen allein berücksichtigen kann. Man mag dann mit ihrer Hilfe Nützliches tun zu können glauben für Kontrolle, Lenkung und sogar Planung der Volkswirtschaft; aber man muß sich des Problematischen all dieser Vornahmen bewußt bleiben; denn sie könnten etwa staatspolitisch oder gar kulturpolitisch unerwünschte Folgen zeitigen oder sogar der Grundsatzbetrachtung des Menschen als eines unteilbaren Ganzen widersprechen. Wir sagen dies, weil der Demokratische Sozialismus nach allem, was man hört, von jenen Möglichkeiten kalkulatorischer Art, in den Ablauf des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens einzugreifen, sich sehr viel verspricht und vielleicht durch die hier zugrundeliegende mechanistische Gesellschaftsauffassung weniger gestört wird als wir. Jedenfalls aber kann vom sozialpolitischen Sektor allein unser Verhältnis zu ihm nicht beurteilt werden; der Mensch ist und bleibt ein Ganzes.

Dieser Blick auf den Menschen als *Ganzes* beherrscht aber auch nach katholischer Auffassung die Analyse der gesamten Situation unseres Volkes in der Gegenwart. In einem Augenblick, da eine völlig freizügige Technokratie fortfährt, Stütze und Halt der Menschen in den traditionellen und sogar in den naturhaften Bindungen aufzulösen, erweist es sich für die katholische Auffassung als unabweisbar, das Ordnungsmühen um die Gesellschaft gegen jene verhängnisvollen Tendenzen einzusetzen. Es kann sich für uns nur darum handeln, Tradition und naturhaft organisch Zusammenhängendes wieder zu gesellschaftlichen Stützpunkten und Pfeilern des sonst dem Verschwimmen ausgesetzten Menschen zu machen; selbstverständlich in zeitgemäß, der „Industriellen Gesellschaft“ angepaßter Form. Ich denke an die Kräftigung von Familie, Berufseinung, Nachbarschaft und Gemeinde als Lebensgemeinschaften und als Ort der Bewährung für das Hervorwachsen einer wirklichen, politischen Elite, deren unsere Demokratie so dringend bedarf. Freilich bedeutet dies, daß das religiöse Zentrum unserer Gesellschaft und unserer Gesellschaftlichkeit in der Gottebenbildlichkeit der menschlichen Person geschen, geschützt und gefördert wird. Mit anderen Worten: wir wollen die menschliche Kultur in allen ihren Ausprägungen auf *Gott* als den Ursprung und das Fundament zurückführen.

Wird der Demokratische Sozialismus seine liberale Erbschaft drangeben und politisch helfen, die religiös begründete Kultur zu schützen, die natür-

lich aus den Eigenkräften einer religiös, seelsorglich erneuerten Gesellschaft kommen muß? Wir können nicht im Zustand der liberalen Unentschiedenheit verbleiben, wo, politisch aufs höchste konzentriert, eine gott-lose Gesellschaft, *der Kult gar der Endlichkeit des Menschen* gegen uns angesetzt ist, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen.

Mit dieser letzten Frage an den Demokratischen Sozialismus schließe ich. Der Ernst seiner Menschen, die uns hier begegnen, sei nochmals anerkannt. Aber ohne Klarheit in allen unseren hier aufgeworfenen Grundproblemen kann niemand Vertrauen schenken.

Die politische Verwirklichung der christlichen Soziallehre¹

OSWALD VON NELL-BREUNING SJ

Verwirklichen lassen sich Programme oder Forderungen, soweit sie im Bereich des Möglichen liegen. Spricht man von Verwirklichung der christlichen Soziallehre, so kann dies den Eindruck erwecken, als handele es sich bei ihr um ein Programm, eine Summe von Forderungen oder gar um ein Rezept oder Bündel von Rezepten. Gewiß stellt die christliche Soziallehre Forderungen auf, gewiß bemüht sie sich auch, deren Erfüllbarkeit nachzuweisen, indem sie Wege aufzeigt, die zu ihrer Erfüllung führen. Es wird auch zutreffen, daß die unmittelbar praktische Bedeutung der christlichen Soziallehre in den Forderungen liegt, die sie erhebt. Nichtsdestoweniger ist es eine unzutreffende oder zum allermindesten unzureichende Vorstellung von der christlichen Soziallehre, wenn man in ihr ein bloßes Programm, und sei es auch kein für den Alltagsbrauch bestimmtes Aktionsprogramm, sondern ein Grundsatzprogramm erblickt. Die christliche Soziallehre ist *mehr* als das, sie ist aber auch *weniger* als das.

Vor kurzem las ich die bewegte Klage eines evangelischen Christen, den es bedrückte, daß seine evangelische Kirche nur eine Sozialethik, aber keine Soziallehre habe, wie die katholische Kirche sie insbesondere in den päpstlichen Sozialencykliken „Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“ besitze. Bei Unterhaltungen mit seinen christlichen Gewerkschaftskollegen katholischen Glaubens stelle er fest, daß diese auf jede Frage der gesellschaftlichen Ordnung eine Antwort bereit hätten, die sie aus „Quadragesimo anno“ entnähmen. Ich bin nicht so glücklich wie diese von ihrem evangelischen Kollegen beneideten katholischen Gewerkschaftsmitglieder; ich weiß

¹ Vgl. oben Anm. 1 auf S. 337.